

### Thema der Woche

CETA und TTIP: Sachlichkeit vor Populismus

### In Kürze

Kommission schlägt verbindliches Transparenzregister für alle EU-Organe vor

### Neues aus der Kommission

Kommission schnürt Paket zu Migration und Sicherheit  
Neuer Vorschlag zu Dual-Use Gütern umfasst auch Cybertechnologien  
Europäische Struktur- und Investitionsfonds: Hochrangige Gruppe legt  
Empfehlungen für besseren Zugang von Unternehmen vor

### Neues aus dem Europäischen Parlament

Industrierausschuss nimmt Initiativbericht zu Erdgas-Strategie an

### Neues aus dem Gerichtshof der EU

Tschechische Republik: Verstoß gegen Gemeinschaftsrecht durch  
Nichtanerkennung von Edelmetallpunzen

### **Jobs+Jobs+Jobs**

CEDEFOP sucht Expert in vocational education and training

### **Veranstaltungen**

Sektorseminar „Der Wassersektor im Rahmen der außenpolitischen Instrumente der EU“ am 15. November 2016

### **EU-Agenda**

EU-Kommission: 2184. Sitzung am 4. Oktober 2016

EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche

EU-Parlament: Ausgewählte Themen des Plenums der kommenden Woche

EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

### **Impressum**

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich  
Av. de Cortenberg 30  
B-1040 Brüssel  
Telefon: +32 2 286 58 80  
Internet: [wko.at/eu](http://wko.at/eu)

Redaktion:  
Franziska Annerl  
E-Mail: [Franziska.Annerl@eu.austria.be](mailto:Franziska.Annerl@eu.austria.be)



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:  
[eu@eu.austria.be](mailto:eu@eu.austria.be)

## CETA und TTIP: Sachlichkeit vor Populismus

Eine Woche vor dem Start der nächsten Verhandlungsrunde zum EU-US-Freihandelsabkommen **TTIP** war das Thema Freihandel bereits diese Woche in Brüssel in aller Munde: WKÖ-Vizepräsident Jürgen **Roth** war diese Woche in Brüssel aktiv, um unter anderem mit EU-Kommissar Günther Oettinger, der Kabinettschefin von Handelskommissarin Malmström sowie den EU-Abgeordneten Othmar Karas, Paul Rübzig und Markus Ferber über das EU-Kanada-Freihandelsabkommen (**CETA**) zu sprechen und die Position der WKÖ einzubringen. Bei einer vom EU-Büro der WKÖ gemeinsam mit der Industriellenvereinigung organisierten Diskussionsveranstaltung an der österreichischen EU-Vertretung in Brüssel, an der auch EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström teilnahm, wurden Wege gesucht, in der aufgeheizten Debatte um die Freihandelsabkommen auf eine sachliche Ebene zurückzufinden.



WKÖ-Vizepräsident Jürgen Roth und EU-Kommissar Günther Oettinger

Diese wurde ja gerade in Österreich von einigen Stimmungsmachern schon lange verlassen. Anstelle von inhaltlicher Kritik wird die emotionale Ebene angegriffen: „Freihandel ist für eine kleine offene Volkswirtschaft wie Österreich das Um und Auf für Wachstum und Wohlstand. Österreich ist ein Globalisierungsgewinner“, betonte WKÖ-Vizepräsident Roth. Die Rückkehr zu Abschottung und nationalem Klein-Klein wäre fatal. Der Zugang zu den Weltmärkten ist für Österreich überlebenswichtig. „Wir müssen der Bevölkerung noch besser erklären, warum freier Handel zu mehr Wachstum und Arbeitsplätzen in Europa führt. Dass zahlreiche Studien positive Effekte bei einem Abschluss der viel diskutierten Freihandelsabkommen belegen, ist hinreichend bekannt. Wir müssen diese Zahlen aber so übersetzen, dass sie jeder verstehen kann. Es darf nicht sein, dass eine laute Minderheit die öffentliche Meinung in fragwürdiger Weise dominiert“, betonte Ralf Kronberger, Leiter der Abteilung für Finanz- und Handelspolitik in der WKÖ.

EU-Handelskommissarin Malmström zeigte sich optimistisch, dass das CETA-Abkommen beim EU-Kanada-Gipfel am 27. Oktober unterzeichnet wird. Sie versicherte, dass alles unternommen wurde, um ein ausbalanciertes Abkommen zu erreichen. Gleichzeitig ist auch darüber zu entscheiden, ob das Abkommen vorläufig – d.h. vor der formellen Ratifikation – angewendet wird. Diese Frage lässt gerade in Österreich die Wogen hochgehen: Es wird befürchtet, dass die nationalen Parlamente dabei „umgangen“ werden könnten. Bei der vorläufigen Anwendung handelt es sich jedoch um eine bewährte Praxis, damit nicht erst ein jahrelanger Ratifikationsprozess abgewartet werden muss, um die wirtschaftlichen Vorteile aus dem Abkommen zu ziehen. Die vorläufige Anwendung umfasst auch nur jene Teile des Abkommens, die in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fallen. Das in Österreich umstrittene Investitionsschutzkapitel wird somit voraussichtlich nicht vorläufig angewendet.

Für den Abschluss der Verhandlungen zum EU-US-Freihandelsabkommen TTIP zeigte sich Malmström bisher auch immer optimistisch, obwohl mittlerweile klar ist, dass dies heuer nicht mehr gelingen wird. Die

Unterhändler stehen dabei unter einem beträchtlichen Zeitdruck, noch unter der Ägide von Präsident Barack Obama möglichst weit in den Verhandlungen zu kommen. Ob die USA auch danach noch ein verlässlicher Verhandlungspartner sein wird, bleibt abzuwarten. Aus Sicht der WKÖ ist es jedenfalls wichtiger, ein umfassendes und ambitioniertes Abkommen abzuschließen, als überhastet ein „TTIP-light“ durchzudrücken.

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

#### Inhaltsverzeichnis



## In Kürze

### Kommission schlägt verbindliches Transparenzregister für alle EU-Organe vor

Die Europäische Kommission hat ein verbindliches Transparenzregister für alle drei EU-Organe – Europäisches Parlament, Rat und Kommission – vorgeschlagen. Dies soll im Rahmen einer interinstitutionellen Vereinbarung (IIV) erfolgen und auf dem bestehenden freiwilligen Transparenzregister des Europäischen Parlaments und der Kommission aufbauen. Nach dem Vorschlag der Kommission sollen dieselben Mindeststandards für alle drei Organe – einschließlich des Rates – gelten. Für Treffen mit Entscheidungsträgern der drei Organe wäre eine Eintragung in das Transparenzregister nötig. Seitdem die Kommission im November 2014 diese Regel für ihre Zusammenarbeit mit Interessenvertretern einführte, wurden rund 4.000 neue Einträge in das bestehende Register vorgenommen. Die Eintragung der WKÖ im Register spiegelt das Bekenntnis der WKÖ zur Transparenz im Kontakt mit den EU-Institutionen wider.

#### Inhaltsverzeichnis



## Neues aus der Kommission

### Kommission schnürt Paket zu Migration und Sicherheit

Die Europäische Kommission hat diese Woche ein Paket zu Migration und Sicherheit vorgelegt, u.a. mit dem dritten Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung der EU-Türkei Erklärung, dem Bericht über die Umsetzung zur Aussetzung der vorübergehenden Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen in Ausnahmefällen sowie dem sechsten Bericht zu Umsiedlungen. Der Zustrom von Migranten hat sich im Zuge der Erklärung EU-Türkei verringert. Die Kommission kommt in ihrem Bericht zu den u.a. von Österreich durchgeführten zeitlich befristeten Binnengrenzkontrollen zu dem Schluss, dass diese nicht über die Bedingungen hinausgehen, die der Rat in seiner Empfehlung festgelegt hat. Zwischen Mai und August dieses Jahres, nach Einführung der Grenzkontrollen, wurden in Österreich 12.584 Asylanträge gestellt. 233 Personen wurde die Einreise nach Österreich verweigert.

Der Kommissionsbericht greift nicht dem Beschluss über eine eventuelle Verlängerung der Binnengrenzkontrollen vor, der bei Ablauf des Sechsmonatszeitraums am 12. November gefasst wird. Im Einklang mit dem Fahrplan „Zurück zu Schengen“ verfolgt die Kommission weiterhin das Ziel, so bald wie

möglich alle Binnengrenzkontrollen aufzuheben und **zu einem normal funktionierenden Schengen-Raum zurückzukehren**. Die Wirtschaft ist der Auffassung, dass es in einem funktionierenden Binnenmarkt und bei einer effektiven Anwendung des Schengen-Abkommens keine Kontrollen an den Binnengrenzen geben sollte. Grenzkontrollen, damit verbundene Wartezeiten sowie erhöhter Bürokratieaufwand führen zu mehr Kostenbelastungen für die österreichische Wirtschaft (siehe auch [EU-Topthema: Die Kosten von Nicht-Schengen](#)).

Ansprechpartnerin: [Barbara Dallinger](#)

#### Inhaltsverzeichnis

### Neuer Vorschlag zu Dual-Use Gütern umfasst auch Cybertechnologien

Die Kommission hat am 28. September einen [Vorschlag zur Überarbeitung der Dual-Use Verordnung](#) vorgelegt. Damit sollen **Ausfuhrkontrollen für Güter verschärft werden, die sowohl zivil als auch für unerwünschte Zwecke, wie die Verletzung von Menschenrechten, genutzt werden können**. Wesentliches Element des Vorschlags ist dabei die Ausdehnung des Dual-Use Begriffs auf neue Güter, wie etwa Cyber-Überwachungstechnologie. Eine Liste zeigt auf, welche Güter Exportkontrollen unterliegen. Gleichzeitig greift ein äußerst weit formulierter Auffangtatbestand (sog. Catch-all Klausel) in allen anderen Fällen. Demnach bedürfen auch Güter, die sich nicht auf der Liste befinden, einer Exportgenehmigung, sofern diese durch den Endverwender dazu verwendet werden könnten, **schwere Menschenrechtsverletzungen**, Verletzungen des humanitären Völkerrechts oder interne Repression zu begehen, wobei **Mittäterschaft** genügt. Ebenfalls unter die Klausel fallen Güter, die für **terroristische Akte** verwendet werden könnten.

Die WKÖ spricht sich selbstverständlich für den Schutz von Menschenrechten und gegen Verletzungen des humanitären Völkerrechts aus. Gleichzeitig muss aber auch die Möglichkeit für fairen und freien Handel gewährleistet sein. Das Problem an der Catch-all Klausel ist, dass diese potentiell auf jedes Exportgut angewendet werden kann. Nun liegt es in der Natur der Sache, dass es für Exporteure nur schwer festzustellen ist, ob ein Endverwender seine Güter für einen verbotenen Zweck verwenden wird. Dies sorgt für ein enormes Maß an **Rechtsunsicherheit** und könnte auch dazu führen, dass gutgläubige Exporteure belangt werden. **Die WKÖ fordert daher, dass jene Güter, die einer Genehmigung bedürfen, klar aus Listen hervorgehen**. Weitere Informationen zum Thema Dual-Use Güter finden sich auf der [Website der WKÖ](#).

Ansprechpartner: [Herwig Wutscher](#)

#### Inhaltsverzeichnis

### Europäische Struktur- und Investitionsfonds: Hochrangige Gruppe legt Empfehlungen für besseren Zugang von Unternehmen vor

Hoher Bürokratieaufwand kann Unternehmen und insbesondere KMU abschrecken. Angesichts komplexer Verwaltungsverfahren könnten sie teilweise auf Fördermöglichkeiten verzichten, die ihnen die Europäischen Struktur- und Investitions-Fonds (ESIF) bieten. Vor diesem Hintergrund hat die Kommission vor einem Jahr eine [hochrangige Gruppe](#) zur Vereinfachung eingesetzt, die Lösungsvorschläge zur Erleichterung des Zugangs von Unternehmen zu den ESIF ermitteln soll.

Die Gruppe hat eine Reihe von [Empfehlungen](#) für die Bereiche **Online-Verfahren, einfachere Kostenerstattungsverfahren, besserer Zugang von KMU zu Finanzmitteln sowie stärkere Inanspruchnahme von Finanzierungsinstrumenten** ausgesprochen. Ende 2016 wird sich die Gruppe auf das Vorgehen gegen



Überregulierung konzentrieren, also auf Fälle, in denen den Begünstigten von nationalen oder lokalen Behörden weitere Verwaltungslasten auferlegt werden. Der für **2018 erwartete Schlussbericht** wird ein entscheidender Faktor bei den Überlegungen der Kommission zur Zukunft der Kohäsionspolitik sein.

Die **WKÖ** begrüßt die Arbeiten der Hochrangigen Gruppe mit dem Ziel, den Zugang von Unternehmen zu den ESIF zu verbessern. Wir haben uns **über unseren Dachverband UEAPME auch aktiv mit Verbesserungsvorschlägen in die Diskussionen eingebracht**. Insbesondere KMU stellt der Zugang zu Förderungen aus den ESIF oft vor große Herausforderungen.

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

#### Inhaltsverzeichnis

## Neues aus dem Europäischen Parlament

### Industrierausschuss nimmt Initiativbericht zu Erdgas-Strategie an

Der Industrierausschuss (**ITRE**) des Europäischen Parlaments hat diese Woche einen Initiativbericht zur EU-Strategie für Flüssigerdgas (LNG) und zur Speicherung von Gas angenommen. Die von der Kommission im Februar vorgeschlagene **LNG-Strategie** soll den **Zugang der Mitgliedstaaten zu Flüssigerdgas als alternative Gasversorgungsquelle verbessern**. Die wichtigsten Elemente sind der Aufbau der für die Vollendung des Energiebinnenmarktes strategisch wichtigen **Infrastruktur** und die Ermittlung der Projekte, die erforderlich sind, um die Abhängigkeit einiger der Mitgliedstaaten von einer einzigen Versorgungsquelle zu beenden.

Die Wirtschaftskammer Österreich begrüßt, dass sich der ITRE mit der von der Kommission veröffentlichten Strategie beschäftigt. Flüssiggas kann einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Versorgungssicherheit Europas mit Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen leisten.

Ansprechpartner: **Franz Brudl**

#### Inhaltsverzeichnis

## Neues aus dem Gerichtshof der EU

### Tschechische Republik: Verstoß gegen Gemeinschaftsrecht durch Nichtanerkennung von Edelmetallpunzen

Gegen die Tschechische Republik wurde von der Europäischen Kommission eine Klage wegen Vertragsverletzung bzw. wegen des Verstoßes gegen Art. 34 AEUV erhoben: Die Tschechische Republik weigert sich, Garantiezeichen für Edelmetalle einer niederländischen Garantiestelle, WaarborgHolland, anzuerkennen und verlange zusätzliche tschechische Garantiezeichen. Die Tschechische Republik erklärte, sie habe die zusätzlichen tschechischen Garantiepunzen verlangt, da die von WaarborgHolland angebrachten

Garantiezeichen teilweise von Zweigniederlassungen in Drittstaaten angebracht wurden. Da die Garantiepunzen identisch seien, sei es nicht mehr möglich, zwischen denen, die innerhalb der EU sowie denen die außerhalb der EU angebracht worden sind, zu unterscheiden.

Der EuGH stellte dazu fest, dass die **Maßnahme der Tschechischen Republik eine Beschränkung des freien Warenverkehrs darstellt**. Weiters führte der Gerichtshof aus, dass die Beschränkung hier auch nicht mit Verbraucherschutz gerechtfertigt werden kann. Grundsätzlich ist zwar anzunehmen, dass die in Drittländern angebrachten Punzen kein in der EU geltendes Verbraucherschutzniveau bieten, jedoch genügt hier die Kontrolle, die der Mitgliedstaat durchführt, der die Edelmetalle in sein Hoheitsgebiet einführt. Dies gilt jedoch nur, wenn die in einem Drittstaat punzierten Edelmetalle vor Einfuhr nach Tschechien in einem Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht wurden. Durch die tschechische Praxis sind generell von WaarborgHolland mit Punzen versehene Edelmetalle erfasst und nicht nur diejenigen, die in Drittstaaten punziert wurden. Diese **Praxis ist laut Gerichtshof nicht verhältnismäßig**.

Daher hat der EuGH befunden (**Rechtssache C-525/14**), dass die generelle und systematische Verweigerung der Anerkennung von Garantiepunzen der niederländischen Garantiestelle WaarborgHolland durch die Tschechische Republik eine unverhältnismäßige Maßnahme darstellt und gegen Gemeinschaftsrecht verstößt. Die Vertragsverletzung der Tschechischen Republik ist aufgrund der Unverhältnismäßigkeit nachgewiesen.

Ansprechpartnerin: **Barbara Dallinger**

#### Inhaltsverzeichnis



## Jobs + Jobs + Jobs

### CEDEFOP sucht Expert in vocational education and training

Das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung(Cedefop) sucht:

**Expert in vocational education and training and adult learning policies**

Reference: Cedefop/2016/04/AD\_external

Bewerbungen sind bis zum 31. Oktober 2016 möglich, weitere Informationen sind **online** abrufbar.

#### Inhaltsverzeichnis



## Veranstaltungen

### Sektorseminar „Der Wassersektor im Rahmen der außenpolitischen Instrumente der EU“ am 15. November 2016

Am **15. November 2016** findet in **Brüssel** das nächste **Sektorseminar** unter dem Titel „**Der Wassersektor im Rahmen der außenpolitischen Instrumente der EU**“ statt, welches vom EU-Büro der Wirtschaftskammer

Österreich, der Wirtschaftskammer Kroatiens, der Germany Trade & Invest GmbH und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag gemeinsam mit anderen Ständigen Vertretungen und Außenhandelsorganisationen organisiert wird.

Im Rahmen der **EU-Außenhilfeprogramme** sind für den Zeitraum 2014-2020 rund **1,7 Milliarden Euro** für die **Entwicklung und Förderung des Wassersektors in Drittländern** vorgesehen, was **Geschäftschancen** für in diesem Sektor tätige österreichische Unternehmen eröffnet. Am Vormittag des Sektorseminars informieren Vertreter der **Europäischen Kommission und anderer Institutionen, wie beispielsweise der EIB bzw. der EBRD** über Möglichkeiten im Rahmen der verschiedenen EU-Außenhilfeprogramme. Am Nachmittag findet eine Firmenbörse statt, bei der die Teilnehmer Kontakte mit potenziellen **Kooperationspartnern** für künftige Ausschreibungen knüpfen können. Darüber hinaus wird es auch Gelegenheit geben, sich direkt mit den Vertretern der Europäischen Union und der Europäischen Investitionsbank auszutauschen.

**Zielgruppe sind Konsulenten, Unternehmen und Investoren**, die in folgenden Sektoren tätig sind:

- Wasserversorgung - Trinkwasser
- Kommunale Abwasseraufbereitung
- Industrielle Abwasseraufbereitung
- Klärschlammaufbereitung
- Meeresverschmutzung
- Bewässerung
- Informationssysteme zur Gewässerbewirtschaftung
- Städtische Wasserversorgung
- Ländliche Wasserversorgung
- Flussbettaußbau
- Abwasser / Kanalisation
- Klimawandel
- Sanitäre Einrichtungen
- Städtische und ländliche Wasserdienstleistungen

Die **Teilnahmegebühr** pro Person beträgt **EUR 175,00 (exkl. Mwst, inkl. Erfrischungsgetränken, Mittagsbuffet sowie Seminarunterlagen)**, die **Vortragssprache** ist **Englisch**. **Anmeldeschluss** ist **der 21. Oktober 2016**. Die **Anmeldung** ist ab sofort über die **Website des Sektorseminars** möglich, auf der Sie auch nähere Informationen zum Veranstaltungsort sowie das vorläufige **Programm** finden.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

#### Inhaltsverzeichnis



Voraussichtliche Themen der 2184. Sitzung am 4. Oktober 2016

**Euro und Sozialer Dialog/Beschäftigung, Soziales und Mobilität der Arbeitnehmer**

Mitteilung: Jugendgarantie und Jugendbeschäftigungs-Initiative, drei Jahre danach

#### Inhaltsverzeichnis



## Ausschüsse des Europäischen Parlaments

### 3. Oktober **Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit**

Einwände gemäß Artikel 106 GO: Inverkehrbringen von Saatgut zum Anbau von diversen Sorten genetisch veränderten Maises sowie genetisch veränderter Baumwolle

### 3. Oktober **Ausschuss für regionale Entwicklung, Ausschuss für Wirtschaft und Währung**

Anhörung mit der Kommission über die Aussetzung der Zahlungen aus den ESI-Fonds, im Rahmen des strukturierten Dialogs, wie er gemäß Artikel 23 Absatz 15 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 (Dachverordnung) vorgesehen ist

### 6. Oktober **Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten**

EU-Strategie gegenüber dem Iran nach dem Atomabkommen

## Themen des Plenums des Europäischen Parlaments

### 4. Oktober

Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten

Gesamtwirtschaftliche Lage in Griechenland, Strukturreformen und ihre Auswirkungen sowie Perspektiven für die künftigen Verhandlungen im Rahmen des Programms

### 5. Oktober

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates (20./21. Oktober)

Notwendigkeit einer europäischen Reindustrialisierungspolitik - die Fälle Caterpillar und Alstom - Entschließungsanträge

Interinstitutionelle Vereinbarung über eine Transparenzregister

Durchführung der Verordnung über Lebensmittelkontaktmaterialien

### 6. Oktober

Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts: Jahresbericht 2014

Tragfähige Finanzen - Erklärung der Kommission

Auswirkungen der Lage in Calais auf den Bereich Verkehr - Erklärung der Kommission

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte Fälle der kommenden Woche:

**6. Oktober**                      **Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-274/15  
Kommission / Luxemburg**

## **Mehrwertsteuer auf selbstständige Zusammenschlüsse von Personen**

Nach Ansicht der Kommission verstößt die mehrwertsteuerliche Behandlung selbstständiger Zusammenschlüsse von Personen in Luxemburg gegen die Mehrwertsteuer-Richtlinie 2006/112. Es werde eine Befreiung von der Mehrwertsteuer für Dienstleistungen gewährt, die ein solcher Zusammenschluss seinen Mitgliedern erbringe. Außerdem sei es nicht mit der Richtlinie vereinbar, dass die Mitglieder des Zusammenschlusses zum Abzug der Vorsteuer berechtigt seien, die dem Zusammenschluss in Rechnung gestellt worden sei. Schließlich stehe die Richtlinie dem luxemburgischen Recht auch insoweit entgegen, als es bestimmte Geschäfte zwischen einem Mitglied und dem Zusammenschluss über Gegenstände oder Dienstleistungen, die das Mitglied von einem Dritten in seinem Namen, aber für Rechnung des Zusammenschlusses erworben habe, vom Anwendungsbereich der Mehrwertsteuer ausschließe.

[Weitere Informationen](#)

[Inhaltsverzeichnis](#)

# Ausgewählte laufende Konsultationen

## Bank- und Finanzwesen

[Kapitalmarktunion: Initiative im Hinblick auf einen möglichen EU-Rahmen für die private Altersvorsorge](#)

27.07.2016 - 31.10.2016

[Wichtigste Hindernisse für den grenzüberschreitenden Vertrieb von Investmentfonds in der EU](#)

02.06.2016 - 02.10.2016

## Beschäftigung und Soziales

[Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte](#)

08.03.2016 - 31.12.2016

## Binnenmarkt

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Maschinenrichtlinie 2006/42/EG](#)  
22.09.2016 - 16.12.2016

[Öffentliche Konsultation zum Binnenmarkt-Informationstool](#)  
02.08.2016 - 07.11.2016

[Zentraler digitaler Zugang](#)  
26.07.2016 - 21.11.2016

Öffentliche Konsultation im Rahmen der Start-up-Initiative

31.03.2016 - 31.07.2016

Öffentliche Konsultation zum Binnenmarkt für Waren - Durchsetzung und Einhaltung

01.07.2016 - 31.10.2016

## Energie

„Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Richtlinie 2009/119/EG zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Mindestvorräte an Erdöl und/oder Erdölzeugnissen zu halten“

10.08.2016 - 11.11.2016

Erstellung der jährlichen Prioritätenlisten für die Ausarbeitung von Netzkodizes und Leitlinien für 2017 und darüber hinaus

18.07.2016 - 14.10.2016

## Forschung und Technologie

Öffentliche Konsultation: Zwischenbewertung des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts

26.08.2016 - 14.11.2016

Öffentliche Konsultation zu den gemeinsamen Programmen EMFP und EMPIR für Metrologieforschung

01.07.2016 - 07.10.2016

Öffentliche Konsultation zur Umsetzung des zweiten Partnerschaftsprogramms Europas und der Entwicklungsländer im Bereich klinischer Studien im Zeitraum 2014-2016

29.06.2016 - 15.10.2016

## Klimaschutz

Konsultation zur Überwachung und Meldung des Kraftstoffverbrauchs und der CO<sub>2</sub>-Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge

20.07.2016 - 28.10.2016

Konsultation zur Überarbeitung der Verordnung (EU) Nr. 443/2009 und der Verordnung (EU) Nr. 510/2011 zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von leichten Nutzfahrzeugen

20.07.2016 - 28.10.2016

## Verkehr

Öffentliche Konsultation zur Verbesserung der Sozialvorschriften im Straßentransport

05.09.2016 - 11.12.2016

Überprüfung der Richtlinie 2006/1/EG über die Verwendung von ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen im Güterkraftverkehr

11.08.2016 - 04.11.2016

### Inhaltsverzeichnis

Überarbeitung der geänderten Fassung der „Eurovignetten-Richtlinie“ 1999/62/EG  
über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch  
schwere Nutzfahrzeuge  
08.07.2016 - 02.10.2016

Überarbeitung der Richtlinie 2004/52/EG und der Entscheidung 2009/750/EG über  
den europäischen elektronischen Mautdienst  
08.07.2016 - 02.10.2016

### Inhaltsverzeichnis